

Klimakrise: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Wandel

■ Das Klimaschutzpaket von Wege aus der Krise ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

Der Klimawandel ist neben der wachsenden Ungleichheit eine der größten Gefahren für das Leben auf unserem Planeten - und er ist jetzt schon längst Realität. Er bedroht das Leben und die Existenzgrundlage von Milliarden Menschen. Bereits 2020 könnten 250 Millionen Menschen gezwungen sein eine neue Heimat zu suchen. Hinter der ökologischen Krise lauert also eine soziale Katastrophe.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, auch Österreich ist immer stärker betroffen: Etwa 1.000 zusätzliche Todesfälle pro Jahr durch Hitzewellen werden in Zukunft befürchtet. Immer häufigere und größere Ernteaufschläge und andere Schäden durch Hochwasser, Dürren und starke Einbrüche im Wintertourismus kommen auf uns zu. Ohne Gegenmaßnahmen werden die Kosten der Auswirkungen des Klimawandels immer größer. Zwischen 4,2 Milliarden und 8,8 Milliarden Euro pro Jahr werden – je nach Szenario – für Österreich erwartet. Das entspricht ein- bis zweimal dem Volumen der Steuerreform 2015/2016.

Doch nicht nur in Zukunft werden massive Kosten auf Österreich zukommen. Bereits heute werden jährlich 11,4 Milliarden Euro (Stand 2012) für den Import von Öl, Kohle und Gas ausgegeben. Zudem belaufen sich die direkten und indirekten Kosten für fossile Energie – wie etwa Gesundheitskosten in Folge von Atemwegserkrankungen, Klimawandelanpassungskosten etc. – in Österreich auf 3,2 Milliarden US Dollar (2,9 Milliarden Euro laut aktuellem Wechselkurs November 2015) pro Jahr. Weltweit beträgt diese Zahl 5,3 Billionen US Dollar (= 4,8 Billionen Euro - Quelle: IWF Working Paper WP/15/105 How large are energy subsidies?). Nicht zuletzt hat Österreich in Folge der Verfehlungen der Treibhausgasemissionsreduktionsziele im Rahmen des Kyoto-Protokolls bereits über 500 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen geleistet.

Angesichts der aktuellen – von der Krise des Finanzsystems ausgelöst – Beschäftigungs- und

Wirtschaftskrise droht der Klimaschutz seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen aber entweder vernachlässigt zu werden, oder die falschen Antworten werden vorangetrieben. Seit den 1990ern treffen sich die Regierungen jährlich im Rahmen der UN-Klimakonferenzen um Lösungen für die Klimakrise zu verhandeln. Verbindliche Klimaziele konnten seit dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 bisher noch nicht beschlossen werden. Es werden lediglich Maßnahmen diskutiert, welche die Symptome der Krise bekämpfen. So soll Wachstum durch steigende Ressourceneffizienz „grüner“ werden, nicht funktionierende Marktmechanismen wie den Emissionshandel will man ausweiten.

Die Klimakrise erfordert aber etwas ganz anderes. Um den Klimawandel und seine Auswirkungen in Grenzen zu halten, müssen rund vier Fünftel der fossilen Energieträger unter der Erde bleiben und Ressourcen gerechter verteilt werden. Es braucht eine massive Reduktion der Emissionen, wobei diejenigen mehr beitragen sollen, die mehr Kapazitäten haben zu handeln und mehr Verantwortung für Emissionen haben. Das kann nur durch die Umstellung der Art und Weise wie wir wirtschaften, konsumieren und leben und den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger erreicht werden.

Wir brauchen also neue Formen des Wirtschaftens, die ohne fossile Energieträger auskommen und gleichzeitig allen Menschen die Erfüllung ihrer grundlegenden Bedürfnisse ermöglichen. Die Förderung und der Ausbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen – z. B. bei Lebensmitteln – gehört ebenso dazu wie der Umstieg von einer Wegwerfgesellschaft hin zu einer Reparaturgesellschaft, in der qualitative und langlebige Güter produziert und möglichst wenige Ressourcen verbraucht werden. Auch der Ausbau eines umweltschonenden öffentlichen Verkehrs oder von qualitativen öffentlichen und allen zugänglichen Dienstleistungen ist ein Teil des anders Wirtschaftens. Güter und Dienstleistung sollen in

Leistbare und umweltschonende Mobilität für alle

Mobilität ist ein Grundbedürfnis, es soll aber nicht vom Zufall abhängen, ob ein Bundesland gute oder schlechte öffentliche Verkehrsanbindungen anbietet. Wir wollen Mindestversorgungsstandards. Je nach Größe des Ortes soll ein Ein- bis Zweistundentakt angeboten werden und der regionale öffentliche Verkehr massiv ausgebaut werden. 350 Millionen Euro sollen in den Ausbau von Regionalbahnen gesteckt und ein Zukunftsfonds für Gehen und Radfahren eingerichtet werden. Gleichzeitig soll der Güterverkehr vermehrt auf die Schiene gebracht werden. 50 Millionen Euro pro Jahr sollen dafür aufgewendet werden um Anschlüsse zu verbessern und die Bahn in diesem Bereich attraktiver zu machen.

Ein ökologisch nachhaltiges Lebensmittelsystem

Mit der Umstellung der österreichischen Landwirtschaft bzw. des Lebensmittelsystems auf eine agroökologische Produktionsweise kann nicht nur ein effizienter Ressourceneinsatz, echte Kreislaufwirtschaft, eine artgerechte Tierhaltung und eine ausgeglichene Stickstoffbilanz auf Bauernhöfen sichergestellt werden. Auch der Klimaschutz wird damit gefördert. Das Zukunftsbudget schlägt vor, dass öffentliche Gelder in absehbarer Zukunft nur mehr an jene Betriebe bezahlt werden sollen, die eine sozial-ökologisch nachhaltige Landwirtschaft betreiben. Übergangsfristen sollen die Umstellung von Betrieben ermöglichen. Auch Investitionsförderungen sollen nur mehr an jene Landwirtschaftsbetriebe vergeben werden, die den Betrieb auf eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise umstellen oder bereits umgestellt haben.

Arbeitszeitverkürzungspaket

100.000 Arbeitsplätze können durch Arbeitszeitverkürzung und die Einschränkung von Überstunden geschaffen werden. Mittelfristig soll die Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden gesenkt werden, bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen. Weitere Arbeitsplätze werden durch Investitionen in den Ausbau von Bildungseinrichtungen, Pflegedienstleistungen, leistbaren Wohnraum sowie höhere Sozial- und Menschenrechtsstandards geschaffen.

Eine sozial gerechte ökosoziale Steuerreform

Mit einer ökosozialen Steuerreform sollen fossile Energie verteuert und damit Anreize für erneuerbare Energien und Energieeffizienz gesetzt werden. Dabei geht es nicht darum die Steuerlast zu erhöhen, deshalb sollen die Einnahmen in Form eines Ökobonus rückgeführt werden. Beispielrechnungen aus Deutschland zeigen, dass auf diese Weise positive Verteilungseffekte erreicht werden können. Zentrale Bausteine sind eine Angleichung der Diesel-MöSt auf das Niveau von Benzin und eine flächendeckende LKW-Maut. Das Steueraufkommen wird durch den Ökobonus pro Kopf ausbezahlt, wobei es für Unternehmen entsprechende Steuererleichterungen an anderer Stelle und Innovationsförderungen geben soll.

Thermische Sanierung

Mit einer Aufstockung des Sanierungsschecks der Bundesregierung um zusätzliche 220 Millionen Euro würden nicht nur tausende Arbeitsplätze entstehen, sondern auch die CO₂-Emissionen nachhaltig gesenkt. Derzeit stellt die Regierung trotz großer Nachfrage zu wenige Mittel zur Verfügung. Im Jahr 2015 wurden die Mittel sogar um 20 Millionen Euro gekürzt. Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, dann muss bis 2050 der gesamte Gebäudebestand zumindest auf Niedrigenergiestandard saniert werden und eine Sanierungsrate von 3 % erreicht werden. Dafür braucht es zusätzliche Mittel.

Klimaschutzpaket



Details zu diesen Paketen:
Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2016
www.wege-aus-der-krise.at

facebook:
<http://www.facebook.com/wege.aus.der.krise>

Kontakt:
infos@wege-aus-der-krise.at